

Jetzt wird Transparenz gefordert

Der Nationalrat hat die Änderung des Wasserrechtsgesetzes mit 187:2 Stimmen verabschiedet und der Wasserzinsregelung eine Übergangsfrist bis Ende 2024 einberaumt. Jetzt sollen die Energiekonzerne in die Pflicht genommen und zur Offenlegung ihrer Zahlen verpflichtet werden.

JON DUSCHLETTA

Diese Meinung vertritt auch der Engadiner BDP-Nationalrat Duri Campell aus Chapella. Er zeigte sich am Dienstagabend auf Anfrage «sehr erfreut» über den Ausgang der Wasserrechtsdebatte in der grossen Kammer: «Dieser Entscheid gibt uns Zeit für die nötige Diskussion.» Grundlegend für eine solche Diskussion sind nach Campell allerdings die folgenden beiden Kriterien: die Transparenz der Energiekonzerne und eine genaue, faire und umfassende Betrachtungsweise aller Energieformen in einem neu zu schaffenden Strommarktmodell.

Der Walliser SVP-Nationalrat Franz Ruppen machte während der Debatte deutlich, dass die grossen Stromkonzerne in den letzten 100 Jahren auch dank dem fixen Wasserzinsmaximum Gewinne schreiben konnten: «Für die von der Branche jetzt geltend gemachten Defizite ist nicht der Wasserzins verantwortlich, sondern vorab unternehmerische Fehlentscheide der vergangenen Jahre.» Der Kanton Wallis generiert jährlich rund 160 Millionen Franken Wasserzins und die Gemeinde Naters, welcher Franz Ruppen als Gemeindepräsident vorsteht, gut zweieinhalb Millionen Franken.

«Wasserkraft ist wieder rentabel»
Silva Semadeni, SP-Nationalrätin mit Puschlaver Wurzeln, blies ins gleiche Horn und sagte: «Die von der Strombranche beklagten Defizite der Wasserkraft können nicht einseitig dem Wasserzins angelastet werden. Die Defizite



Im übertragenen Sinn «Zäune einreissen». So fordern Politiker von links bis rechts, dass die Energieunternehmungen für eine faire Diskussion ihre Bücher offenlegen und entsprechende Transparenz schaffen sollen. Foto: Jon Duschletta

müssten zuerst transparent ausgewiesen und auch die unternehmerischen Fehlentscheide berücksichtigt werden.» Für Semadeni ist klar, «dass sich der wirtschaftliche Kontext geändert hat, die Wasserkraft hat sich seit dem historischen Tief 2016 erholt und ist heute wieder rentabel.»

Auch Duri Campell ist der Ansicht, dass die wirtschaftliche Krise überwunden ist: «Die Probleme sind struktureller oder politischer Art. Ohne die geforderte Transparenz und die Offenlegung der Bücher fehlt aber schlichtweg das Vertrauen in die Strombranche.» Ein Indiz für den fehlenden wirtschaftlichen Druck sieht Campell darin, dass weniger Energieunternehmungen von der Marktpremie Gebrauch machten, als ursprünglich ge-

dacht. «Dieses Geld geht an den Wirtschaftszweig und nicht etwa an die Konzessionsgemeinden», betont er. Grosskraftwerke können diese Unterstützung von 2018 bis 2022 beim Bund beantragen, für produzierten, aber nachweislich unter den Gestehungskosten verkauften Strom. Dafür sind jährlich 120 Millionen Franken reserviert.

Verständlich deshalb auch die Haltung des Sprechers der Kommissionsminderheit, des Berner FDP-Nationalrats Christian Wasserfallen. Er plädierte für die Senkung des Wasserzinsmaximums (siehe Frontartikel). Wenn Berner Politiker für eine Senkung der Wasserzinsen einstehen, so ist das aus Sicht von Duri Campell nachvollziehbar. «Im Gegensatz zu Graubün-

den, wo hauptsächlich Unterländerkantone an den Wasserkraftwerken beteiligt sind, ist der Kanton Bern Mehrheitsaktionär der Berner Kraftwerke (BKW).» Zum Vergleich: Der Kanton Bern hält 52,54 Prozent der BKW-Aktien. Graubünden hält seinerseits 21,96 Prozent an der Repower und –jeweils zusammen mit den Konzessionsgemeinden – je rund 18 Prozent an der Engadiner Kraftwerke AG oder der Kraftwerke Vorderrein AG.

«Da ist viel Pfeffer im Spiel»

Für Duri Campell harren noch viele Fragen einer Antwort. Beispielsweise, ob und wie es mit der Energiestrategie des Bundes 2050 weitergeht, oder auch, was sich ändert, wenn tatsächlich bald ein erstes Kernkraftwerk vom Netz-

genommen wird. Spätestens dann würden auch Projekte wie das auf Eis gelegte Pumpspeicherwerk Lago Bianco der Repower wieder zum Thema, nämlich zur Speicherung volatiler Windkraft, ist sich Campell sicher. «Wir können uns also keine Pause gönnen und müssen in Sachen Wasserzins auch auf politischer Seite weiter aktiv sein und Transparenz einfordern. Für den Kanton Graubünden und die Bündner Konzessionsgemeinden ist viel Pfeffer im Spiel.»

Von der Zuschauertribüne aus hat auch der Präsident der Interessengemeinschaft Bündner Konzessionsgemeinden (IBK), Not Carl, die Nationalratsdebatte gespannt mitverfolgt. Von einer angedachten «Protestaktion» im Vorfeld der Debatte hat Carl allerdings abgesehen. «Verschiedene Politiker haben mir zu verstehen gegeben, dass das Geschäft gut aufgeleitet und deshalb jede Aktion als Provokation verstanden werden könnte.» Not Carl, der zusammen mit Mitreitern seit gut zwei Jahren für eine faire Abgeltung der Wassernutzung kämpft, sprach von einer grosse Erleichterung für die Wasserkantone. Wichtig sei jetzt allerdings, einen Kompromiss zugunsten des Kantons Graubünden und der Bündner Konzessionsgemeinden zu finden.

Zurücklehnen kann sich demnach auch Not Carl nicht. «Die Energiekonzerne betreiben ein professionelles Lobbying, was natürlich völlig legal ist. Wir müssen deshalb auch weiterhin sehr wachsam sein und bei Bedarf einschreiten», sagte er am Dienstag auf telefonische Nachfrage. Und zur eigentlichen Debatte befragt, sagte er: «Ganz offensichtlich haben uns auch die anstehenden Wahlen in die Karten gespielt. Wichtig war, dass es Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher gelungen ist, in der SVP-Fraktion eine Mehrheit für unser Anliegen zu schaffen.»

Die politischen Herausforderungen der nahen Zukunft sind gewichtig: die nötige Revision der Stromgesetzgebung, das geplante Stromabkommen mit der EU oder das vom Energiegesetz vorgegebene neue Strommarktmodell.

Was sind Wasserzinsen, und wie wichtig sind sie für Kanton und Gemeinden?

Nach schweizerischem Recht gilt die natürlich vorhandene Wasserkraft als grundsätzlich öffentliches Gut und deren Nutzbarmachung, beispielsweise durch ein Wasserkraftwerk, als Sondernutzung. Diese Sondernutzung wird laut dem Ende 1916 erlassenen Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkraft (Wasserrechtsgesetz) dem Gemeinwesen, welches über die Gewässerhoheit verfügt, entschädigt – willkommen beim Wasserzins.

Die Gewässerhoheit liegt bei den Kantonen, kann von diesen aber an Gemeinden oder Körperschaften übertragen werden. Die Bundesversammlung behält derweil als Gesetzgeber die Oberaufsicht und legt die maximale Höhe solcher Abgaben fest. Mit der ak-

tuellen und bis Ende 2024 festgelegten maximalen Abgeltung von 110 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung generieren die Standortkantone der Wasserkraftwerke und damit auch die Konzessionsgemeinden rund 550 Millionen Franken an Wasserzinseinnahmen. Die Bergkantone Wallis mit rund 160 Millionen Franken oder Graubünden mit gut 120 Millionen Franken Einnahmen sind die grössten Nutzniesser dieses Ressourcenausgleichs, wie der Wasserzins auch gerne bezeichnet wird. Die sechs Kantone Aargau, Bern, Graubünden, Tessin, Uri und Wallis erbringen gut 80 Prozent der schweizerischen Wasserkraftproduktion, Graubünden und Wallis allein knapp 50 Prozent. Seit 1997 sind Kleinwasserkraftwerke mit ei-

ner Bruttoleistung unter 1000 kW vom Wasserzins befreit.

Die «Engadiner Post/Posta Ladina» hatte bereits vor drei Jahren, als der Angriff auf den Wasserzins so richtig massiv wurde, aufgezeigt, wie existenziell wichtig die Wasserzinseinnahmen für den Kanton Graubünden und die Konzessionsgemeinden sind: 100 von damals 125 Bündner Gemeinden waren und sind direkt von Wasserzinseinnahmen abhängig. Bis 40 und mehr Prozent kann der Wasserzins am Gesamtertrag einzelner Bündner Gemeinden betragen. Die Gemeinde Zernez generierte 2016 beispielsweise knapp 50 Prozent ihrer Einnahmen je hälftig aus Wasserzins- und Steuereinnahmen. (jd)



Die Bündner Wasserzinsallianz im Bundeshaus mit v.l.nr. BK-Sekretär Reto Jörgler, NR Silva Semadeni, NR Martin Gammeter, BK-Präsident Not Carl, NR Duri Campell, NR Magdalena Martullo-Blocher, SR Martin Schmid, Präsident SVP Engiadina Bassa/Val Müstair Reto Crüzer und NR Heinz Brand. Foto: z.Vfg